



Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein

Ausgabe Nr. 6

Kiel, 25. April 2013

28.3.2013	Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz (AG-GKV-VStG)	124
	Ändert Ges. vom 27. April 2012, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 865-1	
6.4.2013	Gesetz zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Datenschutzordnung des Landtags	125
	Ändert Ges. vom 9. Februar 2000, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 204-4	
9.4.2013	Gesetz zur Änderung des Mittbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)	125
	GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2035-4	
	Ändert Ges. vom 11. Dezember 1990, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2035-3	
12.3.2013	Bekanntmachung über die Berichtigung der Anlage zum Gerichtsorganisationsgesetz	127
	Ber. Anl. zum Ges. vom 24. Oktober 1984, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 300-10	
14.3.2013	Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Lanken“	136
	Ändert LVO vom 20. November 2009, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 781-4-234	
20.3.2013	Landesverordnung zur Bestimmung der für die Durchführung des Geldwäschegesetzes	139
	zuständigen Behörde für bestimmte verpflichtete Unternehmen	
	GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 7613-1-4	
21.3.2013	Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren in	139
	Angelegenheiten der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung, des Weinrechts	
	und der Veterinärverwaltung	
	Ändert LVO vom 8. September 2010, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2013-2-48	
4.4.2013	Landesverordnung zur Anpassung von Rechtsvorschriften an geänderte Zuständigkeiten der	143
	obersten Landesbehörden und geänderte Ressortbezeichnungen	
	GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-392	
6.4.2013	Landesverordnung zur Änderung der Futtermittelsachkunde-Verordnung	156
	GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 7825-1-8	
	Ändert LVO vom 30. August 2005, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 7825-1-7	
	Verkündungen im Nachrichtenblatt des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft	158
	des Landes Schleswig-Holstein	
	Mitteilung der Schriftleitung	159

1557/2013

**Gesetz
zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz (AG-GKV-VStG)
Vom 28. März 2013*)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Ausführungsgesetz zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz (AG-GKV-VStG) vom 27. April 2012, verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zur Entwicklung medizinischer Versorgungsstrukturen im Land vom 27. April 2012 (GVObI. Schl.-H. S. 508), wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Ständige Mitglieder des Gemeinsamen Landesgremiums sind

- a) das Land Schleswig-Holstein, vertreten durch die für die Gesundheitsplanung zuständige oberste Landesbehörde mit drei Vertretern,
- b) die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein mit drei Vertretern,
- c) die in Schleswig-Holstein vertretenen Landesverbände der Krankenkassen sowie die Ersatzkassen gemeinsam als Kostenträger. Diese stellen aus ihrer Mitte sechs Vertreter,
- d) die Schleswig-Holsteinische Krankenhausgesellschaft mit drei Vertretern,
- e) die Ärztekammer Schleswig-Holstein mit zwei Vertretern,

- f) die Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein mit zwei Vertretern,
- g) die kommunalen Landesverbände. Diese benennen aus ihrer Mitte zwei Vertreter,
- h) die auf Landesebene für die Wahrnehmung der Interessen der Patientinnen und Patienten und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen maßgeblichen Organisationen. Diese bestellen aus ihrer Mitte insgesamt zwei Vertreter. Die Benennung der Vertreter erfolgt durch die für die Sozialversicherung zuständige oberste Landesbehörde des Landes Schleswig-Holstein,
- i) die auf Landesebene für die Wahrnehmung der Interessen der medizinischen Pflegeberufe maßgeblichen Dachorganisationen. Diese bestellen aus ihrer Mitte insgesamt zwei Vertreter. Die Benennung der Vertreter erfolgt durch die für die Sozialversicherung zuständige oberste Landesbehörde des Landes Schleswig-Holstein.“

**Artikel 2
Inkrafttreten**

Das Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel 28. März 2013

Torsten Albig
Ministerpräsident

Kristin Alheit
Ministerin
für Soziales, Gesundheit, Familie
und Gleichstellung

*) Ändert Ges vom 27. April 2012, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 865-1

1559/2013

Gesetz
zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Datenschutzordnung des Landtags*)
Vom 6. April 2013

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Landesdatenschutzgesetzes

Das Schleswig-Holsteinische Gesetz zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz – LDSG –) vom 9. Februar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 169), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 78), wird wie folgt geändert:

In § 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Der Landtag, seine Gremien, seine Mitglieder, die Fraktionen und deren Beschäftigte sowie die Landtagsverwaltung unterliegen nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes, soweit sie in Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben personenbezogene Daten verarbeiten. Der Landtag erlässt insoweit unter Berücksichtigung seiner verfassungsrechtlichen Stellung und der Grundsätze dieses Gesetzes eine Datenschutzordnung.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 6. April 2013

Torsten Albig
Ministerpräsident

Andreas Breitner
Innenminister

*) Ändert Ges vom 9. Februar 2000, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 204-4

1556/2013

Gesetz
zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)
Vom 9. April 2013*)

GS Schl.-H. II, Gl. Nr. 2035-4

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Änderung des Mitbestimmungsgesetzes
Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)**

Das Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Februar 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 34, ber. S. 48), wird wie folgt geändert:

1. § 13 Satz 1 erhält die folgende Fassung:

„Der Personalrat besteht in Dienststellen mit in der Regel

5 bis 20 Wahlberechtigten aus einer Person,

21 bis 50 Wahlberechtigten aus drei Mitgliedern,

51 bis 150 Wahlberechtigten aus fünf Mitgliedern,

151 bis 300 Wahlberechtigten aus sieben Mitgliedern,

- 301 bis 600 Wahlberechtigten aus neun Mitgliedern,
 601 bis 1.200 Wahlberechtigten aus elf Mitgliedern,
 1.201 und mehr Wahlberechtigten aus dreizehn Mitgliedern.“
2. § 37 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
- „(1) Die Mitglieder des Personalrates sind unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts und unter Übernahme der Kosten für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen bis zu zwanzig Arbeitstage je Amtszeit vom Dienst freizustellen, soweit diese Kenntnisse vermitteln, die für die Tätigkeit im Personalrat erforderlich sind. Ersatzmitglieder jeder Wahlvorschlagsliste entsprechend der von dieser Liste gewählten Anzahl von Personalratsmitgliedern können unter den gleichen Voraussetzungen bis zu zehn Arbeitstage vom Dienst freigestellt werden.“
- b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
- „(2) Unbeschadet des Absatzes 1 hat jedes Mitglied des Personalrates während seiner regelmäßigen Amtszeit Anspruch auf Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder des Arbeitsentgelts für insgesamt fünfzehn Arbeitstage zur Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen, die von der Bundeszentrale für politische Bildung oder von der Landeszentrale für politische Bildung als für die Personalratsarbeit nützlich anerkannt sind. Hinsichtlich der Zahl der teilnahmeberechtigten Ersatzmitglieder und des Umfangs der Freistellung gilt Absatz 1 entsprechend.“
- c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
- „(3) Das den Vorsitz führende Mitglied des Personalrates sowie die es vertretenden Mitglieder des Personalrates haben unter Fortzahlung der Dienstbezüge oder des Arbeits-

entgelts bis zu fünf Arbeitstage in zwei Jahren Anspruch auf Teilnahme an einer von einer Gewerkschaft oder einem Berufsverband einberufenen Konferenz der Personalräte. Absätze 1 und 2 bleiben unberührt.“

3. § 40 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Personalversammlungen sind in der Regel einmal im Kalenderhalbjahr durchzuführen. Mindestens einmal im Jahr hat der Personalrat in einer Personalversammlung einen Tätigkeitsbericht zu erstatten.“

4. § 44 Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Stufenvertretung besteht bei in der Regel bis zu 3.000 Wahlberechtigten aus sieben Mitgliedern,
 3.001 bis 5.000 Wahlberechtigten aus neun Mitgliedern,
 5.001 und mehr Wahlberechtigten aus elf Mitgliedern.“

5. § 47 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Dienststellenleitung (§ 8 Abs. 5) und der Personalrat sollen mindestens einmal im Monat zu einer gemeinsamen Besprechung zusammentreten.“

Artikel 2

Inkrafttreten und Übergangsregelung

- (1) Das Gesetz tritt mit Ausnahme von Artikel 1 Nr. 1 und 4 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Artikel 1 Nr. 1 und 4 treten am 1. März 2015 in Kraft.
- (3) In den Fällen des § 19 Abs. 2 Satz 2 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein gilt für die Wahl zum Personalrat die Anzahl der Mitglieder des Personalrates nach § 13 Satz 1 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein in der ab 1. März 2015 geltenden Fassung; § 19 Abs. 2 Satz 3 Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein letzter Halbsatz bleibt unberührt. Satz 1 gilt für die Wahl zur Stufenvertretung und zum Gesamtpersonalrat entsprechend.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 9. April 2013

Torsten Albig
 Ministerpräsident

*) Ändert Ges vom 11. Dezember 1990, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2035-3

Bekanntmachung
über die Berichtigung der Anlage zum Gerichtsorganisationsgesetz*)
Vom 12. März 2013

Die Anlage zu § 3 Abs. 2 des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 24. Oktober 1984 (GVOBl. Schl.-H. S. 192), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist durch die Aufhebung verschiedener Amtsgerichte unrichtig geworden.

Aufgrund des § 5 des Gerichtsorganisationsgesetzes gebe ich folgende Berichtigung der Anlage zu § 3 Abs. 2 des Gerichtsorganisationsgesetzes in Form einer aktuellen Gesamtaufstellung bekannt:

Anlage
zu § 3

I
Landgerichtsbezirk Flensburg

A. Amtsgericht Flensburg

1. Ahneby
2. Ausacker
3. Böxlund
4. Dollerup
5. Eggebek
6. Esgrus
7. Flensburg
8. Freienwill
9. Gelting
10. Glücksburg (Ostsee)
11. Großenwiehe
12. Großsolt
13. Grundhof
14. Handewitt
15. Harrislee
16. Hasselberg
17. Hörup
18. Holt
19. Hürup
20. Husby
21. Janneby
22. Jardelund
23. Jerrishoe
24. Jörl
25. Kronsgaard
26. Langballig
27. Langstedt
28. Lindewitt
29. Maasbüll
30. Maasholm
31. Medelby
32. Meyn
33. Munkbrarup
34. Nieby
35. Niesgrau
36. Nordhackstedt
37. Oeversee
38. Osterby
39. Pommerby
40. Quern
41. Rabel
42. Rabenholz
43. Ringsberg
44. Schafflund
45. Sieverstedt
46. Sörup
47. Sollerup
48. Stangheck
49. Steinberg
50. Steinbergkirche

51. Sterup
52. Stoltebüll
53. Süderhackstedt
54. Tarp
55. Tastrup
56. Wallsbüll
57. Wanderup
58. Wees
59. Weesby
60. Westerholz

B. Amtsgericht Husum

1. Ahrenshöft
2. Ahrenviöl
3. Ahrenviölfeld
4. Almdorf
5. Arlewatt
6. Bargum
7. Behrendorf
8. Bohmstedt
9. Bondelum
10. Bordelum
11. Bredstedt
12. Breklum
13. Drage
14. Drelsdorf
15. Elisabeth-Sophien-Koog
16. Fresendelf
17. Friedrichstadt
18. Garding, Stadt
19. Garding, Kirchspiel
20. Goldebek
21. Goldelund
22. Grothusenkoog
23. Haselund
24. Hattstedt
25. Hattstedtermarsch
26. Högel
27. Hallig Hooge
28. Horstedt
29. Hude
30. Husum
31. Immenstedt
32. Joldelund
33. Katharinenheerd
34. Koldenbüttel
35. Kolkerheide
36. Kotzenbüll
37. Langenhorn
38. Löwenstedt
39. Lütjenholm
40. Mildstedt
41. Norderfriedrichskoog
42. Nordstrand
43. Norstedt
44. Ockholm

*) Ber. Anl. zum Gesetz vom 24. Oktober 1984, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 300-10

45. Oldenswort
46. Oldersbek
47. Olderup
48. Ostenfeld (Husum)
49. Osterhever
50. Oster-Ohrstedt
51. Pellworm
52. Poppenbüll
53. Ramstedt
54. Rantrum
55. Reußenköge
56. Sankt Peter-Ording
57. Schwabstedt
58. Schwesing
59. Seeth
60. Simonsberg
61. Sönnebüll
62. Sollwitt
63. Struckum
64. Süderhöft
65. Südermarsch
66. Tating
67. Tetenbüll
68. Tönning
69. Tümlauer Koog
70. Uelvesbüll
71. Viöl
72. Vollerwiek
73. Vollstedt
74. Welt
75. Westerhever
76. Wester-Ohrstedt
77. Winnert
78. Wisch
79. Wittbek
80. Witzwort
81. Wobbenbüll

C. Amtsgericht Niebüll

1. Achtrup
2. Alkersum
3. Aventoft
4. Borgsum
5. Bosbüll
6. Braderup
7. Bramstedtlund
8. Dagebüll
9. Dunsum
10. Ellhöft
11. Emmelsbüll-Horsbüll
12. Enge-Sande
13. Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog
14. Galmsbüll
15. Gröde
16. Hörnum (Sylt)
17. Holm
18. Humptrup
19. Kampen (Sylt)
20. Karlum
21. Klanxbüll
22. Klixbüll
23. Ladelund
24. Langeneß
25. Leck
26. Lexgaard
27. List
28. Midlum
29. Nebel
30. Neukirchen
31. Nieblum

32. Niebüll
33. Norddorf
34. Oevenum
35. Oldsum
36. Risum-Lindholm
37. Rodenäs
38. Sprakebüll
39. Stadum
40. Stedesand
41. Süderende
42. Süderlügum
43. Tinningstedt
44. Uphusum
45. Utersum
46. Wenningstedt (Sylt)
47. Westre
48. Witsum
49. Wittdün
50. Wrixum
51. Wyk auf Föhr

D. Amtsgericht Schleswig

1. Alt Bennebek
2. Arnis
3. Bergenhusen
4. Böel
5. Böklund
6. Börm
7. Bollingstedt
8. Boren
9. Borgwedel
10. Brebel
11. Brodersby
12. Busdorf
13. Dannewerk
14. Dörpstedt
15. Dollrothfeld
16. Ekenis
17. Ellingstedt
18. Erfde
19. Fahrdorf
20. Geltorf
21. Goltorf
22. Grödersby
23. Groß Rheide
24. Havetoft
25. Havetoftloit
26. Hollingstedt
27. Hüsby
28. Idstedt
29. Jagel
30. Jübek
31. Kappeln
32. Kiesby
33. Klappholz
34. Klein Bennebek
35. Klein Rheide
36. Kropp
37. Loit
38. Lottorf
39. Lürschau
40. Meggerdorf
41. Mohrkirch
42. Neuberend
43. Norderbrarup
44. Norderstapel
45. Nottfeld
46. Nübel
47. Oersberg
48. Rabenkirchen-Faulück

49. Rüde
50. Rügge
51. Satrup
52. Saustrup
53. Schaalby
54. Scheggerott
55. Schleswig
56. Schnarup-Thumby
57. Schuby
58. Selk
59. Silberstedt
60. Steinfeld
61. Stolk
62. Struxdorf
63. Süderbrarup
64. Süderfahnenstedt
65. Süderstapel
66. Taarstedt
67. Tetenhusen
68. Tielen
69. Tolk
70. Treia
71. Twedt
72. Ülsby
73. Ulsnis
74. Wagersrott
75. Wohlde

II

Landgerichtsbezirk Itzehoe

A. Amtsgericht Elmshorn

1. Barmstedt
2. Bevern
3. Bilsen
4. Bokel
5. Bokholt-Hanredder
6. Brande-Hörnerkirchen
7. Bullenkuhlen
8. Ellerhoop
9. Elmshorn
10. Groß Nordende
11. Groß Offenseth-Aspern
12. Haselau
13. Haseldorf
14. Heede
15. Heidgraben
16. Heist
17. Hemdingen
18. Klein Nordende
19. Klein Offenseth-Sparrieshoop
20. Kölln-Reisiek
21. Langeln
22. Lutzhorn
23. Moorrege
24. Neuendeich
25. Osterhorn
26. Raa-Besenbek
27. Seester
28. Seestermühe
29. Seeth-Ekholt
30. Tornesch
31. Uetersen
32. Westerhorn

B. Amtsgericht Itzehoe

1. Aasbüttel
2. Aebtissinwisch
3. Agethorst
4. Altenmoor
5. Auufer

6. Bahrenfleth
7. Beidenfleth
8. Bekdorf
9. Bekmünde
10. Besdorf
11. Blomesche Wildnis
12. Bokelrehm
13. Bokhorst
14. Borsfleth
15. Breitenberg
16. Breitenburg
17. Brokdorf
18. Brokstedt
19. Büttel
20. Christinenthal
21. Dägeling
22. Dammfleth
23. Drage
24. Ecklak
25. Elskop
26. Engelbrechtsche Wildnis
27. Fitzbek
28. Glückstadt
29. Grevenkop
30. Gribbohm
31. Hadenfeld
32. Heiligenstedten
33. Heiligenstedtenerkamp
34. Hennstedt
35. Herzhorn
36. Hingstheide
37. Hodorf
38. Hohenaspe
39. Hohenfelde
40. Hohenlockstedt
41. Holstenniendorf
42. Horst (Holstein)
43. Huje
44. Itzehoe
45. Kaaks
46. Kaisborstel
47. Kellinghusen
48. Kiebitzreihe
49. Kleve
50. Kollmar
51. Kollmoor
52. Kremppdorf
53. Krempe
54. Kremperheide
55. Krempermoor
56. Kronsmoor
57. Krummendiek
58. Kudensee
59. Lägerdorf
60. Landrecht
61. Landscheide
62. Lockstedt
63. Lohbarbek
64. Looft
65. Mehlbek
66. Moordiek
67. Moorhusen
68. Mühlenbarbek
69. Münsterdorf
70. Neuenbrook
71. Neuendorf bei Elmshorn
72. Neuendorf-Sachsenbande
73. Nienbüttel
74. Nortorf
75. Nutteln

- | | |
|---------------------|--------------------------------------|
| 76. Oelixdorf | 32. Groven |
| 77. Oeschebüttel | 33. Gudendorf |
| 78. Oldenborstel | 34. Hedwigenkoog |
| 79. Oldendorf | 35. Heide |
| 80. Ottenbüttel | 36. Hellschen-Heringsand-Unterschaar |
| 81. Peissen | 37. Helse |
| 82. Pöschendorf | 38. Hemme |
| 83. Poyenberg | 39. Hemmingstedt |
| 84. Puls | 40. Hennstedt |
| 85. Quarnstedt | 41. Hillgroven |
| 86. Rade | 42. Hochdonn |
| 87. Reher | 43. Hövede |
| 88. Rethwisch | 44. Hollingstedt |
| 89. Rosdorf | 45. Immenstedt |
| 90. St. Margarethen | 46. Kaiser-Wilhelm-Koog |
| 91. Sarlhusen | 47. Karolinenkoog |
| 92. Schenefeld | 48. Kleve |
| 93. Schlotfeld | 49. Krempel |
| 94. Siezbüttel | 50. Kronprinzenkoog |
| 95. Silzen | 51. Krumstedt |
| 96. Sommerland | 52. Kuden |
| 97. Stördorf | 53. Lehe |
| 98. Störkathen | 54. Lieth |
| 99. Süderau | 55. Linden |
| 100. Vaale | 56. Lohe-Rickelshof |
| 101. Vaalermoor | 57. Lunden |
| 102. Wacken | 58. Marne |
| 103. Warringholz | 59. Marnerdeich |
| 104. Westermoor | 60. Meldorf |
| 105. Wewelsfleth | 61. Neuenkirchen |
| 106. Wiedenborstel | 62. Neufeld |
| 107. Willenscharen | 63. Neufelderkoog |
| 108. Wilster | 64. Nindorf |
| 109. Winseldorf | 65. Norddeich |
| 110. Wittenbergen | 66. Norderheistedt |
| 111. Wrist | 67. Nordermeldorf |
| 112. Wulfsmoor | 68. Norderwöhrden |

C. Amtsgericht Meldorf

- | | |
|-------------------------|-------------------------|
| 1. Albersdorf | 71. Oesterdeichstrich |
| 2. Arkebek | 72. Oesterwurth |
| 3. Averlak | 73. Offenbüttel |
| 4. Bargaenstedt | 74. Osterrade |
| 5. Barkenholm | 75. Ostrohe |
| 6. Barlt | 76. Pahlen |
| 7. Bergewöhrden | 77. Quickborn |
| 8. Brickeln | 78. Ramhusen |
| 9. Brunsbüttel | 79. Rehm-Flehde-Bargaen |
| 10. Buchholz | 80. Reinsbüttel |
| 11. Büsum | 81. St. Annen |
| 12. Büsumer Deichhausen | 82. St. Michaelisdonn |
| 13. Bunsöh | 83. Sarzbüttel |
| 14. Burg (Dithmarschen) | 84. Schafstedt |
| 15. Busenwurth | 85. Schalkholz |
| 16. Dellstedt | 86. Schlichting |
| 17. Dolve | 87. Schmedeswurth |
| 18. Diekhusen-Fahrstedt | 88. Schrum |
| 19. Dingen | 89. Schülp |
| 20. Dörpling | 90. Stelle-Wittenwurth |
| 21. Eddelak | 91. Strübbel |
| 22. Eggstedt | 92. Süderdeich |
| 23. Elpersbüttel | 93. Süderdorf |
| 24. Epenwöhrden | 94. Süderhastedt |
| 25. Fedderingen | 95. Süderheistedt |
| 26. Frestedt | 96. Tellingstedt |
| 27. Friedrichsgabekoog | 97. Tensbüttel-Röst |
| 28. Friedrichskoog | 98. Tielenhemme |
| 29. Gaushorn | 99. Trennewurth |
| 30. Glüsing | 100. Volsemehusen |
| 31. Großenrade | 101. Wallen |

102. Warwerort
103. Weddingstedt
104. Welmbüttel
105. Wennbüttel
106. Wesselburen
107. Wesselburener Deichhausen
108. Wesselburenerkoog
109. Wesseln
110. Westerborstel
111. Westerdeichstrich
112. Wiemerstedt
113. Windbergen
114. Wöhrden
115. Wolmersdorf
116. Wrohm

D. Amtsgericht Pinneberg

1. Appen
2. Bönningstedt
3. Borstel-Hohenraden
4. Ellerbek
5. Halstenbek
6. Hasloh
7. Helgoland
8. Hetlingen
9. Holm
10. Kummerfeld
11. Pinneberg
12. Prisdorf
13. Quickborn
14. Rellingen
15. Schenefeld
16. Tangstedt
17. Wedel

III

Landgerichtsbezirk Kiel

A. Amtsgericht Bad Segeberg

1. Bad Segeberg
2. Bahrendorf
3. Bark
4. Bebensee
5. Blunk
6. Bornhöved
7. Bühnsdorf
8. Daldorf
9. Damsdorf
10. Dreggers
11. Fahrenkrug
12. Fredesdorf
13. Geschendorf
14. Glasau
15. Gönnebek
16. Groß Kummerfeld
17. Groß Niendorf
18. Groß Rönnau
19. Hartenholm
20. Heidmühlen
21. Högersdorf
22. Hüttblek
23. Itzstedt
24. Kattendorf
25. Kayhude
26. Kisdorf
27. Klein Gladebrügge
28. Klein Rönnau
29. Krems II
30. Kükels
31. Latendorf
32. Leezen

33. Mözen
34. Nahe
35. Negernbötzel
36. Nehms
37. Neuengörs
38. Neversdorf
39. Oering
40. Oersdorf
41. Pronstorf
42. Rickling
43. Rohlstorf
44. Schackendorf
45. Schieren
46. Schmalensee
47. Schwissel
48. Seedorf
49. Seth
50. Sievershütten
51. Stipsdorf
52. Stocksee
53. Strukdorf
54. Struvenhütten
55. Stukenborn
56. Süfeld
57. Tarbek
58. Tensfeld
59. Todesfelde
60. Trappenkamp
61. Travenhorst
62. Traventhal
63. Wahlstedt
64. Wakendorf I
65. Wakendorf II
66. Weede
67. Wensin
68. Westerrade
69. Winsen
70. Wittenborn

Gemeindefreies Gebiet: Buchholz

B. Amtsgericht Eckernförde

1. Ahlefeld-Bistensee
2. Altenhof
3. Altenholz
4. Ascheffel
5. Barkelsby
6. Brekendorf
7. Brodersby
8. Bünsdorf
9. Dänischenhagen
10. Damendorf
11. Damp
12. Dörphof
13. Eckernförde
14. Felm
15. Fleckeby
16. Gammelby
17. Gettorf
18. Goosefeld
19. Groß Wittensee
20. Güby
21. Haby
22. Holtsee
23. Holzbunge
24. Holzdorf
25. Hütten
26. Hummelfeld
27. Karby
28. Klein Wittensee

29. Kosel
30. Lindau
31. Loose
32. Neudorf-Bornstein
33. Neu Duvenstedt
34. Neuwittenbek
35. Noer
36. Osdorf
37. Osterby
38. Owschlag
39. Rieseby
40. Schinkel
41. Schwedeneck
42. Sehestedt
43. Strande
44. Tüttendorf
45. Thumbby
46. Waabs
47. Windeby
48. Winnemark

C. Amtsgericht Kiel

1. Achterwehr
2. Blumenthal
3. Bredenbek
4. Felde
5. Heikendorf
6. Kiel
7. Kronshagen
8. Krummwisch
9. Melsdorf
10. Mielkendorf
11. Molfsee
12. Mönkeberg
13. Ottendorf
14. Quarnbek
15. Rodenbek
16. Rumohr
17. Schierensee
18. Schönkirchen
19. Westensee

D. Amtsgericht Neumünster

1. Armstedt
2. Arpsdorf
3. Aukrug
4. Bad Bramstedt
5. Bimöhlen
6. Bönebüttel
7. Boostedt
8. Borstel
9. Ehdorf
10. Föhrden-Barl
11. Fuhldorf
12. Großenaspe
13. Großharrie
14. Hagen
15. Hardebek
16. Hasenkrug
17. Hasenmoor
18. Heidmoor
19. Hitzhusen
20. Lentförden
21. Mönkloh
22. Neumünster
23. Nützen
24. Padenstedt
25. Rendswühren
26. Schillsdorf
27. Schmalfeld

28. Tasdorf
29. Wasbek
30. Weddelbrook
31. Wiemersdorf

E. Amtsgericht Norderstedt

1. Alveslohe
2. Ellerau
3. Henstedt-Ulzburg
4. Kaltenkirchen
5. Norderstedt
6. Tangstedt

F. Amtsgericht Plön

1. Ascheberg (Holstein)
2. Barmissen
3. Barsbek
4. Behrens Dorf
5. Belau
6. Bendfeld
7. Blekendorf
8. Bösdorf
9. Boksee
10. Bothkamp
11. Brodersdorf
12. Dannau
13. Dersau
14. Dobersdorf
15. Dörnack
16. Fahren
17. Fargau-Pratjau
18. Fiefbergen
19. Giekau
20. Grebin
21. Großbarkau
22. Helmstorf
23. Högsdorf
24. Höhdorf
25. Hohenfelde (Kreis Ostholstein)
26. Hohwacht
27. Honigsee
28. Kalübbe
29. Kirchbarkau
30. Kirchnüchel
31. Klamp
32. Klein Barkau
33. Kletkamp
34. Köhn
35. Krokau
36. Krumbek
37. Kühren
38. Laboe
39. Lammershagen
40. Lebrade
41. Lehmkuhlen
42. Löptin
43. Lütjenburg
44. Lutterbek
45. Martensrade
46. Mucheln
47. Nehmten
48. Nettelsee
49. Panker
50. Passade
51. Plön
52. Pohnsdorf
53. Postfeld
54. Prasdorf
55. Preetz
56. Probsteierhagen

57. Rantzau
58. Rastorf
59. Rathjensdorf
60. Ruhwinkel
61. Schellhorn
62. Schlesen
63. Schönberg (Holstein)
64. Schwartbuck
65. Schwentimental
66. Selent
67. Stakendorf
68. Stein
69. Stolpe
70. Stoltenberg
71. Tröndel
72. Wahlstorf
73. Wankendorf
74. Warnau
75. Wendtorf
76. Wisch
77. Wittmoldt

G. Amtsgericht Rendsburg

1. Alt Duvenstedt
2. Bargstall
3. Bargstedt
4. Beldorf
5. Bendorf
6. Beringstedt
7. Bisse
8. Bönnhusen
9. Bokel
10. Bordesholm
11. Borgdorf-Seedorf
12. Borgstedt
13. Bornholt
14. Bovenau
15. Brammer
16. Breiholz
17. Brinjahe
18. Brügge
19. Büdelsdorf
20. Christiansholm
21. Dätgen
22. Eisendorf
23. Ellerdorf
24. Elsdorf-Westermühlen
25. Embühren
26. Emkendorf
27. Flintbek
28. Fockbek
29. Friedrichsgraben
30. Friedrichsholm
31. Gnutz
32. Gokels
33. Grauel
34. Grevenkrug
35. Groß Buchwald
36. Groß Vollstedt
37. Haale
38. Hamdorf
39. Hamweddel
40. Hauerau-Hademarschen
41. Haßmoor
42. Heinkenborstel
43. Hörsten
44. Hoffeld
45. Hohenwestedt
46. Hohn
47. Jahrsdorf

48. Jevenstedt
49. Königshügel
50. Krogaspe
51. Langwedel
52. Lohe-Föhrden
53. Loop
54. Lütjenwestedt
55. Luhnstedt
56. Meezen
57. Mörel
58. Mühbrook
59. Negenharrie
60. Nienborstel
61. Nindorf
62. Nortorf
63. Nübbel
64. Oldenbüttel
65. Oldenhütten
66. Ostenfeld (Rendsburg)
67. Osterrönfeld
68. Osterstedt
69. Prinzenmoor
70. Rade bei Hohenwestedt
71. Rade bei Rendsburg
72. Reesdorf
73. Remmels
74. Rendsburg
75. Rickert
76. Schacht-Audorf
77. Schmalstede
78. Schönbek
79. Schönhorst
80. Schülldorf
81. Schülp bei Nortorf
82. Schülp bei Rendsburg
83. Seefeld
84. Sören
85. Sophienhamm
86. Stafstedt
87. Steinfeld
88. Tackesdorf
89. Tappendorf
90. Techelsdorf
91. Thaden
92. Timmaspe
93. Todenbüttel
94. Wapelfeld
95. Warder
96. Wattenbek
97. Westerrönfeld

IV

Landgerichtsbezirk Lübeck

A. Amtsgericht Ahrensburg

1. Ahrensburg
2. Ammersbek
3. Bad Oldesloe
4. Bargfeld-Stegen
5. Bargteheide
6. Delingsdorf
7. Elmenhorst (Kreis Stormarn)
8. Grabau (Kreis Stormarn)
9. Grönwohld
10. Großhansdorf
11. Hamfelde (Kreis Stormarn)
12. Hammoor
13. Hohenfelde (Kreis Stormarn)
14. Hoisdorf
15. Jersbek

16. Köthel (Kreis Stormarn)
17. Lasbek
18. Lütjensee
19. Meddewade
20. Neritz
21. Nienwohld
22. Pölitz
23. Rethwisch
24. Rümpel
25. Siek
26. Steinburg
27. Todendorf
28. Travenbrück
29. Tremsbüttel
30. Trittau

B. Amtsgericht Eutin

1. Ahrensböök
2. Bosau
3. Eutin
4. Kasseedorf
5. Malente
6. Ratekau
7. Scharbeutz
8. Schönwalde am Bungsberg
9. Süsel
10. Timmendorfer Strand

C. Amtsgericht Lübeck

1. Badendorf
2. Bad Schwartau
3. Barnitz
4. Feldhorst
5. Hamberge
6. Heidekamp
7. Heilshoop
8. Klein Wesenberg
9. Lübeck
10. Mönkhagen
11. Rehhorst
12. Reinfeld
13. Stockelsdorf
14. Wesenberg
15. Westerau
16. Zarpen

D. Amtsgericht Oldenburg in Holstein

1. Altenkrempe
2. Beschendorf
3. Dahme
4. Damlos
5. Fehmarn
6. Göhl
7. Gremersdorf
8. Grömitz
9. Großenbrode
10. Grube
11. Harmsdorf
12. Heiligenhafen
13. Heringsdorf
14. Kabelhorst
15. Kellenhusen (Ostsee)
16. Lensahn
17. Manhagen
18. Neukirchen
19. Neustadt in Holstein
20. Oldenburg in Holstein
21. Riepsdorf
22. Schashagen
23. Sierksdorf
24. Wangels

E. Amtsgericht Ratzeburg

1. Albsfelde
2. Alt Mölln
3. Bäk
4. Bälau
5. Behlendorf
6. Berkenthin
7. Besenthal
8. Bliestorf
9. Borstorf
10. Breitenfelde
11. Brunsmark
12. Buchholz
13. Dühelsdorf
14. Duvensee
15. Einhaus
16. Fredeburg
17. Giesensdorf
18. Göldenitz
19. Götting
20. Grambek
21. Grinau
22. Groß Boden
23. Groß Disnack
24. Groß Grönau
25. Groß Sarau
26. Groß Schenkenberg
27. Gudow
28. Güster
29. Harmsdorf
30. Hollenbek
31. Hornbek
32. Horst
33. Kastorf
34. Kittlitz
35. Klein Zecher
36. Klempau
37. Klinkrade
38. Koberg
39. Krummesse
40. Kühsen
41. Kulpin
42. Labenz
43. Langenlehsten
44. Lankau
45. Lehmrade
46. Linau
47. Lüchow
48. Mechow
49. Mölln
50. Mustin
51. Niendorf bei Berkenthin
52. Niendorf/Stecknitz
53. Nusse
54. Panten
55. Pogeez
56. Poggensee
57. Ratzeburg
58. Ritzerau
59. Römnitz
60. Rondeshagen
61. Salem
62. Sandesneben
63. Schiphorst
64. Schmilau
65. Schönberg
66. Schürensöhlen
67. Seedorf
68. Siebenbäumen
69. Sierksrade

70. Sirksfelde
71. Steinhorst
72. Sterley
73. Stubben
74. Walksfelde
75. Wentorf (Amt Sandesneben)
76. Woltersdorf
77. Ziethen

F. Amtsgericht Reinbek

1. Aumühle
2. Barsbüttel
3. Braak
4. Brunsbek
5. Glinde
6. Grande
7. Großensee
8. Oststeinbek
9. Rausdorf
10. Reinbek
11. Stapelfeld
12. Wentorf bei Hamburg
13. Witzhave
14. Wohltorf

G. Amtsgericht Schwarzenbek

1. Basedow
2. Basthorst
3. Börnsen
4. Bröthen
5. Brunstorf
6. Buchhorst
7. Büchen
8. Dahmker
9. Dalldorf
10. Dassendorf
11. Elmenhorst (Kreis Herzogtum Lauenburg)
12. Escheburg
13. Fitzen
14. Fuhlenhagen

15. Geesthacht
16. Grabau (Kreis Herzogtum Lauenburg)
17. Groß Pampau
18. Grove
19. Gülzow
20. Hamfelde
21. Hamwarde
22. Havekost
23. Hohenhorn
24. Juliusburg
25. Kankelau
26. Kasseburg
27. Klein Pampau
28. Köthel (Kreis Herzogtum Lauenburg)
29. Kollow
30. Kröppelshagen-Fahrendorf
31. Krüzen
32. Krukow
33. Kuddewörde
34. Lanze
35. Lauenburg/Elbe
36. Lüttau
37. Möhnsen
38. Mühlenrade
39. Müssen
40. Roseburg
41. Sahms
42. Schnakenbek
43. Schretstaken
44. Schulendorf
45. Schwarzenbek
46. Siebeneichen
47. Talkau
48. Tramm
49. Wangelau
50. Witzeeze
51. Wiershop
52. Worth

Gemeindefreies Gebiet: Forstgutsbezirk Sachsenwald

Die vorstehende Berichtigung (aktuelle Gesamtaufstellung) wird hiermit bekannt gemacht.

Kiel, 12. März 2013

Anke Spoorendonk
Ministerin
für Justiz, Kultur und Europa

**Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Lanken“*)
Vom 14. März 2013**

Aufgrund des § 13 Abs. 1 des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG) vom 24. Februar 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 301, ber. S. 486), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 225), verordnet das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Artikel 1

Die Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Lanken“ vom 20. November 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 850) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) Die in Absatz 2 genannte Übersichtskarte wird durch die dieser Verordnung beigegeführten Übersichtskarte 1 a ersetzt.
- b) Die in Absatz 3 als Bestandteil der Verordnung bezeichnete Abgrenzungskarte wird durch die Abgrenzungskarte 1 a ersetzt.

2. § 5 Abs. 1 Nr. 3 erhält die folgende Fassung:

„3. die den Schutzzweck berücksichtigende forstwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne des § 5 Abs. 1 und 2 des Landeswaldgesetzes vom 5. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 461), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 225), der übrigen, bei Inkrafttreten dieser Verordnung als Wald genutzten Flächen unter Beachtung des § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Januar 2013 (BGBl. I S. 95), in Verbindung mit § 21 LNatSchG; dabei ist zu beachten, dass auf den in der Übersichtskarte 1 a und in der Abgrenzungskarte 1 a senkrecht schraffierten Flächen die forstwirtschaftliche Bodennutzung zur Schonung weitgehend naturnaher Verhältnisse nur nach folgenden Maßgaben erfolgen darf:

a) In den gemäß § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 21 LNatSchG geschützten Biotopwaldflächen, die in der Abgrenzungskarte 1 a flächig grün und senkrecht schraffiert dargestellt sind, ist eine forstliche Nutzung bis zu maximal zehn Festmeter pro ha und Jahrzehnt zulässig, die Nutzung erfolgt ausschließlich durch einzelstammweise Entnahme bei Frost oder Trockenheit;

b) auf den Pufferflächen, die in der Abgrenzungskarte 1 a senkrecht schraffiert und ohne farbliche Hinterlegung dargestellt sind, ist eine forstliche Nutzung bis zu maximal 30 Festmeter pro ha und Jahrzehnt zulässig;

c) nach Entnahme von Nadelhölzern ist eine Wiederaufforstung mit Nadelbäumen unzulässig;

d) es verbleiben mindestens drei Bäume stehendes oder liegendes Totholz pro ha ohne forstliche Nutzung in den Waldflächen;

e) es verbleiben zusätzlich mindestens sechs Habitatbäume pro ha ohne forstliche Nutzung in den Waldflächen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 14. März 2013

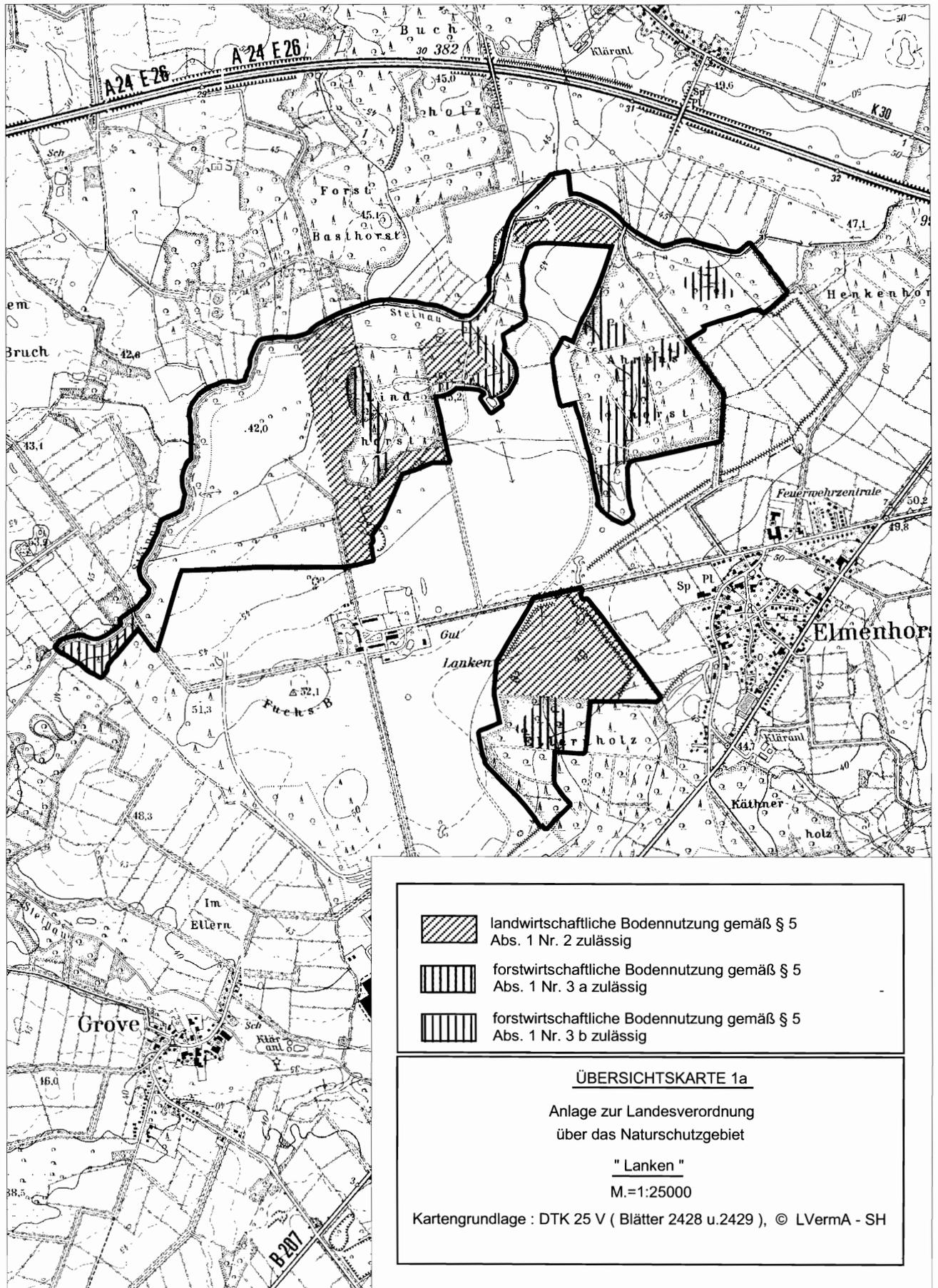
Dr. Robert Habeck
Minister
für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume

*) Ändert LVO vom 20. November 2009, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 791-4-234

Bekanntmachung
zu der Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung
über das Naturschutzgebiet „Lanken“

Eine Verletzung der in § 19 Abs. 1 bis 8 Landesnaturschutzgesetz bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel der Abwägung und der Beschreibung des Schutzzweckes sind unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres gegenüber der obersten Naturschutzbehörde geltend gemacht worden sind.

Ministerium
für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein



**Landesverordnung
zur Bestimmung der für die Durchführung des Geldwäschegesetzes zuständigen Behörde
für bestimmte verpflichtete Unternehmen**

Vom 20. März 2013

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 7613-1-4

Aufgrund § 28 Abs. 1 Satz 1 des Landesverwaltungsgesetzes verordnet die Landesregierung:

§ 1

Zuständige Behörde nach § 16 Abs. 2 Nr. 9 des Geldwäschegesetzes (GWG) vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Februar 2013 (BGBl. I S. 268), für Finanzunternehmen (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 GwG), für Versicherungsvermittlerinnen und Versicherungsvermittler (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 GwG), für Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen oder Treuhänder (§ 2 Abs. 1 Nr. 9 GwG), für Immobilienmaklerinnen und Immobilienmakler (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG) sowie für Personen, die

gewerblich mit Gütern handeln, (§ 2 Abs. 1 Nr. 13 GwG), ist das für Wirtschaftsordnungsrecht zuständige Ministerium.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Geldwäschegesetz für Finanzunternehmen, Versicherungsvermittler, Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen oder Treuhänder, Immobilienmakler sowie Personen, die gewerblich mit Gütern handeln, vom 21. November 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 379)*) außer Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 20. März 2013

Torsten Albig
Ministerpräsident

Reinhard Meyer
Minister
für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
und Technologie

*) GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 7613-1-3

**Landesverordnung
zur Änderung der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren
in Angelegenheiten der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung,
des Weinrechts und der Veterinärverwaltung*)**

Vom 21. März 2013

Aufgrund des

§ 2 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein vom 17. Januar 1974 (GVOBl. Schl.-H. S. 37), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89), in Verbindung mit § 4 Nr. 3 Buchst. e der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren vom 15. Oktober 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 383, zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Januar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 13), verordnet das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Artikel 1

Die Landesverordnung über Verwaltungsgebühren in Angelegenheiten der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung, des Weinrechts und der Veterinärverwaltung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 586), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Mai 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 578), wird wie folgt geändert:

*) Ändert LVO vom 8. September 2010, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2013-2-48

1. Nach der Tarifstelle 1.1.8 wird folgende Anmerkung angefügt:

„Anmerkung zu Tarifstelle 1.1.8:

Die Gebühr kann sich für den Zeitaufwand bei An- und Abfahrt zu den Amtshandlungen erhöhen. Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes sind An- und Abfahrzeiten zu addieren. Werden bei der Dienstreise gleichzeitig andere Dienstaufgaben erledigt, ist der Zeitaufwand nur anteilig zu berechnen. Die Berechnung erfolgt je angefangene Viertelstunde, anrechenbar ist maximal eine Stunde. Maßgeblich für die Berechnung sind die in den Anmerkungen zu Tarifstelle 1 aufgeführten Stundensätze der die Amtshandlung ausführenden Personen.“

2. Die Tarifstelle 1.1.2.3.3 wird wie folgt geändert:

In der Tarifstelle 1.1.2.3.3 wird das Wort „Wiederkäuer“ durch das Wort „Wildwiederkäuer“ ersetzt.

3. Die Tarifstelle 1.2.1.7 wird wie folgt geändert:

In den Tarifstellen 1.2.1.7.1, 1.2.1.7.2 und 1.2.1.7.3 werden nach den Angaben „1.2.1.6“, „1.2.1.5“ und „1.2.1.3“ jeweils die Worte „mindestens aber 13,80“ angefügt.

4. Die Tarifstelle 1.2.4 wird wie folgt geändert:

a) In der Tarifstelle 1.2.4 wird die Angabe „7,67“ durch die Angabe „20,00“ ersetzt.

b) Die Anmerkung zu Tarifstelle 1.2.4 erhält folgende Fassung:

„Anmerkung zu Tarifstelle 1.2.4:

Die Gebühr für die amtliche Entnahme der Probe und deren Transport zum Untersuchungslabor kann sich um bis zu 77,00 € erhöhen. Bei der Ermittlung sind die jeweiligen tarifvertraglichen Regelungen für Beschäftigte in der Fleischuntersuchung oder die zweitaufwandbezogenen Sätze des mit der Tätigkeit befassten Personals zu Grunde zu legen. Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes ist die Zeit für An- und Abfahrt zu addieren. Werden auf der Dienstreise gleichzeitig andere Dienstaufgaben erledigt, ist der Zeitaufwand nur anteilig zu berechnen.“

5. Die Tarifstelle 1.5.3 wird wie folgt geändert:

Nach dem Wort „Kontrollen“ werden die Worte „von Betrieben“ eingefügt.

6. Nach der Tarifstelle 1.5.3 wird folgende Anmerkung angefügt:

„Anmerkung zu Tarifstelle 1.5:

Die Anmerkung zu Tarifstelle 1.1.8 gilt entsprechend.“

7. Die Anmerkung im Anschluss an die Tarifstelle 1.6.5 wird wie folgt gefasst:

„Anmerkung zur Tarifstelle 1.6.5:

Die Anmerkung zu Tarifstelle 1.1.8 gilt entsprechend.“

8. Nach der Tarifstelle 1.7.2 wird folgende Anmerkung eingefügt:

„Anmerkung zu der Tarifstelle 1.7.2:

Die Anmerkung zu Tarifstelle 1.1.8 gilt entsprechend.“

9. Nach der Tarifstelle 1.7.6 wird folgende Tarifstelle 1.7.7 eingefügt:

„1.7.7 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 2073/2005 der Kommission vom 15. November 2005 über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 1086/2011 vom 27. Oktober 2011 (ABl. EU Nr. L 281 vom 28. Oktober 2011 S. 7), in Verbindung mit § 15 Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Durchführung der amtlichen Überwachung der Einhaltung von Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs und zum Verfahren zur Prüfung von Leitlinien für eine gute Verfahrenspraxis (AVV Lebensmittel-

nach Zeitaufwand“

hygiene – AVV LmH) vom 12. September 2007 in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. November 2009 (BAnz. Nr. 178 a S. 3), geändert durch Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Lebensmittelhygiene vom 30. März 2011 (BAnz. S. 1287) (Probenahmehäufigkeit in kleinen Schlachthöfen und Hackfleischherstellungsbetrieben).

10. Die Anmerkung zu Tarifstelle 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Anmerkung zu Tarifstelle 1:

Soweit eine Berechnung der Gebühren nach Zeitaufwand vorgesehen ist, sind je angefangene Viertelstunde zu berechnen für Beamtinnen und Beamte oder vergleichbare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

a) Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt	19,75
b) Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	15,00
c) Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	12,25
d) Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt	10,75
e) Amtliche Fachassistentin oder Amtlicher Fachassistent nach Tarifvertrag der Beschäftigten in der Fleischuntersuchung	6,70
f) Amtliche Tierärztin oder Amtlicher Tierarzt nach Tarifvertrag der Beschäftigten in der Fleischuntersuchung	13,80

Für Amtshandlungen, die auf Antrag an Werktagen zwischen 18.00 und 7.00 Uhr, an Samstagen nach 15.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen durchgeführt werden, erhöhen sich die Verwaltungsgebühren um 100 %.“

11. In der Anmerkung zu Tarifstelle 2 wird folgender Satz angefügt:

„Soweit eine Berechnung der Gebühren nach Zeitaufwand vorgesehen ist, sind je angefangene Viertelstunde zu berechnen für Beamtinnen und Beamte oder vergleichbare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

a) Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt	19,75
b) Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	15,00
c) Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	12,25
d) Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt	10,75“

12. Die Tarifstelle 3.1 wird wie folgt geändert:

Die Worte „zuletzt geändert durch Artikel 1 § 5 Abs. 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2930)“ werden ersetzt durch die Worte „zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044)“.

13. Die Tarifstelle 3.1.13 erhält folgende Fassung:

„3.1.13 Erteilung oder Änderung einer Betriebsregistrierung nach dem Tierseuchengesetz und aufgrund dieses Gesetzes erlassener Bestimmungen sowie unmittelbar geltender Rechtsakte der Europäischen Union	15,00“
---	--------

14. Die Tarifstelle 3.1.2 erhält folgende Fassung:

„3.1.2 Genehmigungen, Untersagungen, Anordnungen, Untersuchungen und amtliche Beobachtung nach der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. April 2005 (BGBl. I S. 997), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044)	nach Zeitaufwand“
--	-------------------

15. Die Tarifstelle Nr. 3.1.4 erhält folgende Fassung:

„3.1.4 Zulassung einer Ausnahme für die Anwendung von nicht zugelassenen oder genehmigten Sera, Impfstoffen und Antigenen nach § 17 c Abs. 4 Tierseuchengesetz	30,00 bis 255,00“
--	-------------------

16. Nach der Tarifstelle 3.3.4.3 wird folgende neue Tarifstelle 3.3.4.4 eingefügt:
- „3.3.4.4 Sonstige Impfungen bei in menschlicher Obhut gehaltenen Tiere nach Zeitaufwand
Impfstoff- und sonstige Materialkosten sind nach Verbrauch
abzurechnen.“
17. Die Anmerkung zu Tarifstelle 3 wird wie folgt geändert:
- „1. Soweit eine Berechnung der Gebühren nach Zeitaufwand vorgesehen ist,
sind je angefangene Viertelstunde zu berechnen für Beamtinnen und
Beamte oder vergleichbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- | | |
|---|--------|
| a) Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt | 19,75 |
| b) Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt | 15,00 |
| c) Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt | 12,25 |
| d) Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt | 10,75“ |
18. Die Tarifstelle 4 erhält folgende Fassung:
- „4 Nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte
gemäß Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen Parlaments
und des Rates vom 21. Oktober 2009 mit Hygienevorschriften für nicht
für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und
zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (Verordnung
über tierische Nebenprodukte) (ABl. EG Nr. L 300 S. 1), geändert durch
Richtlinie (EU) Nr. 63/2010 (ABl. EU Nr. L 276 S. 33), und der Verord-
nung (EU) Nr. 142/2011 der Kommission vom 25. Februar 2011 zur
Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 des Europäischen
Parlaments und des Rates mit Hygienevorschriften für nicht für den
menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte sowie zur
Durchführung der Richtlinie 97/78/EG des Rates hinsichtlich
bestimmter gemäß der genannten Richtlinie von Veterinärkontrollen an
der Grenze befreiter Proben und Waren (ABl. EU Nr. L 54 S 1), zuletzt
geändert durch Verordnung (EU) Nr. 1097/2012 (ABl. EU Nr. L 326 S. 3).“
19. Die Tarifstelle 4.1 erhält folgende Fassung:
- „4.1 Registrierung, Zulassung bzw. Wiederzulassung von Unternehmen,
Anlagen oder Betrieben, Aussetzung oder Entzug von Zulassungen
sowie Verbot des Betriebs gemäß Artikeln 23, 44 und 46 VO (EG)
Nr. 1069/2009 sowie nach Artikeln 8, 10 Nr. 2, 18 und 33 VO (EU)
Nr. 142/2011
- 10,00 bis 770,00“
20. Die Tarifstelle 4.2 erhält folgende Fassung:
- „4.2 „Amtliche Kontrollen und Überwachung der Handhabung tierischer
Nebenprodukte durch zugelassene oder registrierte Anlagen,
Betriebe, Unternehmer oder landwirtschaftliche Betriebe, einschließ-
lich der Entscheidung über die Versendung in andere Mitgliedstaaten
gemäß Artikeln 45 und 48 Abs. 1 VO (EG) Nr. 1069/2009 sowie
Artikel 32 Nr. 1 bis 4 VO (EG) Nr. 142/2011
- nach Zeitaufwand“
21. Die Tarifstelle 4.3 erhält folgende Fassung:
- „4.3 Genehmigung und Zulassung von Ausnahmen von der Beseitigung
und Verwendung tierischer Nebenprodukte gemäß Artikeln 16
Buchstabe f und g, 17 Abs. 1, 18 Abs. 1 und 19 Abs. 1 VO (EG)
Nr. 1069/2009 sowie Artikeln 6, 7 und 14 VO (EG) Nr. 142/2011
- 30,00 bis 385,00“
22. Die Tarifstelle 4.4 erhält folgende Fassung:
- „4.4 Gestattungen des Transports, der Verwendung und Beseitigung
von Proben sowie des Inverkehrbringens gemäß Artikel 21
Abs. 2 VO (EG) Nr. 1069/2009 sowie Artikeln 11, 12, 21 und
26 VO (EU) Nr. 142/2011
- 30,00 bis 231,00“

23. Die Tarifstelle 4.5 erhält folgende Fassung:

„4.5 Änderungen oder Erweiterungen von Registrierungen, Zulassungen, Gestattungen und Genehmigungen nach den Tarifstellen 4.1 bis 4.4 10,00 bis 395,00“

24. Nach der Tarifstelle 4.5 wird folgende Anmerkung eingefügt:

„Anmerkung zu den Tarifstellen 4.1 bis 4.5:

Die Gebührenpflicht umfasst auch die Ablehnung der beantragten Amtshandlung.

Soweit eine Berechnung der Gebühren nach Zeitaufwand vorgesehen ist, sind je angefangene Viertelstunde zu berechnen für Beamtinnen und Beamte oder vergleichbare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- | | |
|---|--------|
| a) Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt | 19,75 |
| b) Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt | 15,00 |
| c) Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt | 12,25 |
| d) Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt | 10,75“ |

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 21. März 2013

Dr. Robert Habeck
Minister
für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume

Landesverordnung zur Anpassung von Rechtsvorschriften an geänderte Zuständigkeiten der obersten Landesbehörden und geänderte Ressortbezeichnungen Vom 4. April 2013

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-392

Aufgrund des § 27 Abs. 3 des Landesverwaltungs-gesetzes verordnet das Innenministerium im Ein-vernehmen mit dem Ministerpräsidenten, dem Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft, dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Um-welt und ländliche Räume, dem Finanzministerium, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie sowie dem Ministerium für Sozia-les, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:

Abschnitt I Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten

Artikel 1 Landesplanungsgesetz¹⁾

Das Landesplanungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom

10. Februar 1996 (GVObI. Schl.-H. S. 232), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. De-zember 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 542), ist wie folgt geändert:

1. In § 8 Abs. 1 ist die Bezeichnung „das Innenmi-nisterium“ durch die Bezeichnung „die Minister-präsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.
2. § 10 ist wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 ist die Bezeichnung „von der In-nenministerin oder dem Innenminister“ durch die Bezeichnung „von der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten“ geändert.
 - b) In Absatz 4 ist die Bezeichnung „Die Innen-ministerin oder der Innenminister“ durch die Bezeichnung „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.

- c) In Absatz 8 ist die Bezeichnung „die Innenministerin oder der Innenminister“ durch die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ ersetzt.

Abschnitt II

Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa

Artikel 2

Landesrichtergesetz²⁾

Das Landesrichtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. September 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 642), ist wie folgt geändert:

§ 11 Abs. 3 Satz 1 hat folgende Fassung:

„Die Ministerin oder der Minister für Justiz, Kultur und Europa führt den Vorsitz.“

Artikel 3

Juristenausbildungsgesetz³⁾

Das Juristenausbildungsgesetz vom 20. Februar 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 66), geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 13 Abs. 2 Satz 2 ist die Bezeichnung „der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „des für Inneres zuständigen Ministeriums“ ersetzt.

Artikel 4

Juristenausbildungsverordnung⁴⁾

Die Juristenausbildungsverordnung vom 19. März 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 88), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. März 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 442), ist wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 6 Satz 1 und Abs. 7 ist jeweils die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.
2. In § 7 Abs. 3 Satz 3 ist die Bezeichnung „der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „des für Inneres zuständigen Ministeriums“ ersetzt.
3. § 30 ist wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 ist wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 ist die Bezeichnung „der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „des für Inneres zuständigen Ministeriums“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 ist die Bezeichnung „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „Das für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

- b) In Absatz 4 Satz 1 Nr. 3 ist die Bezeichnung „der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „dem für Inneres zuständigen Ministerium“ ersetzt.

4. In § 32 Abs. 6 Satz 2 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

5. In § 34 Abs. 5 Satz 5 ist die Bezeichnung „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „Das für Inneres zuständige Ministerium“ ersetzt.

Artikel 5

Denkmalschutzgesetz⁵⁾

Das Denkmalschutzgesetz in der Fassung vom 12. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 83) ist wie folgt geändert:

In § 2 Abs. 2 Nr. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 6

Landesverordnung über den Denkmalbereich

„Dorf Sieseby“⁶⁾

Die Landesverordnung über den Denkmalbereich „Dorf Sieseby“ vom 25. September 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 573), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 20 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 7

Landesverordnung über den Denkmalbereich

„Eisenbahnersiedlung Quellental“⁷⁾

Die Landesverordnung über den Denkmalbereich „Eisenbahnersiedlung Quellental“ vom 11. Juli 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 111), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 21 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 8

Landesverordnung über den Denkmalbereich

„Unterstadt Lauenburg“⁸⁾

Die Landesverordnung über den Denkmalbereich „Unterstadt Lauenburg“ vom 3. Januar 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 8), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 22 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 9

Landesverordnung über den Denkmalbereich „Siedlung Oher Weg“⁹⁾

Die Landesverordnung über den Denkmalbereich „Siedlung Oher Weg“ vom 9. Juli 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 336), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 23 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 10

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Duvensee, Kreis Hzgt. Lauenburg¹⁰⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Duvensee, Kreis Hzgt. Lauenburg, vom 22. Juni 1976 (GVOBl. Schl.-H. S. 176), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 24 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 11

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Owschlag, Kreis Rendsburg-Eckernförde¹¹⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Owschlag, Kreis Rendsburg-Eckernförde, vom 28. Februar 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 49), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 25 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 12

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Stadt Neumünster¹²⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Stadt Neumünster vom 23. Juni 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 179), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 26 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 13

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Stadt Ahrensburg, Kreis Stormarn¹³⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Stadt Ahrensburg, Kreis Stormarn, vom 22. Juli 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 198), geändert durch Verordnung vom 9. Februar 1979 (GVOBl. Schl.-H. S. 160), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 27 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 14

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Stadt Neumünster¹⁴⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Stadt Neumünster vom 26. Juli 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 205), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 28 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 15

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Blekendorf, Kreis Plön¹⁵⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Blekendorf, Kreis Plön, vom 3. Oktober 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 403), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 29 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 16

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Raisdorf, Kreis Plön¹⁶⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Raisdorf, Kreis Plön, vom 9. Februar 1979 (GVOBl. Schl.-H. S. 159), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 30 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 17

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Bosau, Kreis Ostholstein¹⁷⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Bosau, Kreis Ostholstein, vom 8. Oktober 1968 (GVOBl. Schl.-H. S. 317), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 31 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 18

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Sylt-Ost, Kreis Nordfriesland¹⁸⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Sylt-Ost, Kreis Nordfriesland, vom 16. August 1979 (GVOBl. Schl.-H. S. 447), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 32 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 19

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde List, Kreis Nordfriesland¹⁹⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde List, Kreis Nordfriesland, vom 24. Februar 1988 (GVOBl. Schl.-H. S. 84), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 33 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 20

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet im Bereich der Watten und Sände des nordfriesischen Wattenmeeres²⁰⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet im Bereich der Watten und Sände des nordfriesischen Wattenmeeres vom 23. August 1973 (GVOBl. Schl.-H. S. 319), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 34 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 21

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Büdelsdorf, Kreis Rendsburg-Eckernförde²¹⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Büdelsdorf, Kreis Rendsburg-Eckernförde, vom 9. Mai 1975 (GVOBl. Schl.-H. S. 93, ber. 1976 S. 18), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 35 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 22

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Hansestadt Lübeck²²⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Hansestadt Lübeck vom 28. November 1975 (GVOBl. Schl.-H. S. 311), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 36 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 23

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Joldelund, Kreis Nordfriesland²³⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Joldelund, Kreis Nordfriesland, vom 9. März 1976 (GVOBl. Schl.-H. S. 118), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 37 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 24

Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Dannewerk, Kreis Schleswig-Flensburg²⁴⁾

Die Landesverordnung über ein Grabungsschutzgebiet in der Gemeinde Dannewerk, Kreis Schleswig-Flensburg, vom 28. Oktober 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 407), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 38 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 25
Landesverordnung über die
Grabungsschutzgebiete
in der Stadt Flensburg²⁵⁾

Die Landesverordnung über die Grabungsschutzgebiete in der Stadt Flensburg vom 5. Juni 1987 (GVOBl. Schl.-H. S. 244), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 39 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 26
Landesverordnung
über die Grabungsschutzgebiete
„Innere Stadt“ der Hansestadt Lübeck²⁶⁾

Die Landesverordnung über die Grabungsschutzgebiete „Innere Stadt“ der Hansestadt Lübeck vom 8. April 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 320), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 40 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 27
Gesetz zur Umwandlung der
Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein
in eine Stiftung des öffentlichen Rechts²⁷⁾

Das Gesetz zur Umwandlung der Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein in eine Stiftung des öffentlichen Rechts vom 30. Mai 1995 (GVOBl. Schl.-H. S. 221), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 41 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. § 5 ist wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „der Ministerin oder dem Minister für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „der Ministerin oder dem Minister für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
2. § 7 ist wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 ist die Bezeichnung „die Staatssekretärin oder der Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Kultur“ durch

die Bezeichnung „die Staatssekretärin oder der Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 Satz 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 28
Verordnung über das Antragsrecht gemäß
§§ 3 und 11 des Gesetzes zum Schutz
deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung
vom 6. August 1955²⁸⁾

Die Verordnung über das Antragsrecht gemäß §§ 3 und 11 des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung vom 6. August 1955 vom 28. Juli 1959 (GVOBl. Schl.-H. S. 166) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 182), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 42 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 2 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 29
Gesetz über die Errichtung der
„Stiftung Schloss Eutin“²⁹⁾

Das Gesetz über die Errichtung der „Stiftung Schloss Eutin“ vom 24. April 1992 (GVOBl. S. 228), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 43 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl. H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 8 Abs. 1 Nr. 2 ist die Bezeichnung „die Ministerin oder der Minister für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „die Ministerin oder der Minister für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
2. In § 10 Abs. 2 ist die Bezeichnung „das Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
3. In § 11 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 30
Landesarchivgesetz³⁰⁾

Das Landesarchivgesetz vom 11. August 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 444, ber. S. 498), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 21), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 44 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
2. § 10 ist wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
3. In § 13 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
4. In § 17 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 31

Gesetz zu dem Abkommen über die gemeinsame Finanzierung der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“³¹⁾

Das Gesetz zu dem Abkommen über die gemeinsame Finanzierung der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ vom 31. März 1976 (GVOBl. Schl.-H. S. 113), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 45 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl. H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Artikel 32

Landesverordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des gehobenen und höheren Archivdienstes des Landes Schleswig-Holstein³²⁾

Die Landesverordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des gehobenen und höheren Archivdienstes des Landes Schleswig-Holstein vom 26. August 1999 (Amtsbl. Schl.-H. S. 464), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 46 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 10 Abs. 4 Satz 3 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.
2. § 19 Abs. 2 ist wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 Nr. 3 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

- b) In Satz 3 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ ersetzt.

Abschnitt III

Geschäftsbereich des Innenministeriums

Artikel 33

Landesbeamtengesetz³³⁾

Das Landesbeamtengesetz vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93, ber. S. 261), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 26. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 153), ist wie folgt geändert:

1. In § 25 Abs. 2 Satz 2 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 26 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
3. In § 95 Abs. 2 ist jeweils die Bezeichnung „Finanzministeriums“ durch die Bezeichnung „Innenministeriums“ ersetzt.
4. In § 100 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
5. In § 127 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 34

Allgemeine Laufbahnverordnung³⁴⁾

Die Allgemeine Laufbahnverordnung vom 19. Mai 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 236), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. April 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 516, ber. S. 614), ist wie folgt geändert:

1. In § 7 Abs. 2 Satz 3 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 18 Abs. 3 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
3. In § 20 Abs. 1 Satz 3 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
4. In § 22 Abs. 2 Satz 2 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
5. § 43 Abs. 2 Satz 1 ist wie folgt geändert:
 - a) Nummer 2 hat folgende Fassung:

„2. für die Fachrichtungen Polizei, Feuerwehr und Allgemeine Dienste des Innenministerium,“

b) Nummer 3 hat folgende Fassung:

„3. für die Fachrichtungen Steuerverwaltung und Technische Dienste das Finanzministerium,“

Artikel 35
Arbeitszeitverordnung³⁵⁾

Die Arbeitszeitverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 2002 (GVOBl. Schl.-H. S.11), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 56 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 11 Abs. 2 Satz 1 und § 12 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 36
Jubiläumsverordnung³⁶⁾

Die Jubiläumsverordnung vom 29. März 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 434) ist wie folgt geändert:

In § 4 Satz 1 ist die Bezeichnung „Finanzministerium“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 37
Sonderurlaubsverordnung³⁷⁾

Die Sonderurlaubsverordnung vom 9. Dezember 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 836), geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), ist wie folgt geändert:

1. In § 15 Abs. 2 Satz 2 ist die Bezeichnung „Finanzministeriums“ durch die Bezeichnung „Innenministeriums“ ersetzt.
2. In § 19 Abs. 2 Satz 2 ist die Bezeichnung „Finanzministeriums“ durch die Bezeichnung „Innenministeriums“ ersetzt.

Artikel 38
Ausführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz³⁸⁾

Das Ausführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz vom 26. Juni 1980 (GVOBl. Schl.-H. S. 236), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Juli 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 320), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 2 Satz 1 ist die Bezeichnung „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „Das Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 39
Ausbildungszentrumsgesetz³⁹⁾

Das Ausbildungszentrumsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Januar 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 60), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Februar 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 34), ist wie folgt geändert:

1. In § 8 Abs. 4 Satz 1 ist die Bezeichnung „der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „dem Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 12 Abs. 1 Satz 2 und 4 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.
3. In § 18 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „Das Innenministerium“ ersetzt.
4. In § 27 Abs. 2 ist die Bezeichnung „der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „dem Innenministerium“ ersetzt.
5. In § 31 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „Das Innenministerium“ ersetzt.
6. In § 34 ist die Bezeichnung „Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „Das Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 40
Landesverordnung über die Einrichtung des Laufbahnzweigs Allgemeine Verwaltung und die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn der Fachrichtung Allgemeine Dienste – Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt –⁴⁰⁾

Die Landesverordnung über die Einrichtung des Laufbahnzweigs Allgemeine Verwaltung und die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn der Fachrichtung Allgemeine Dienste – Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt – vom 4. August 2009 (Amtsblatt Schl.-H. S. 890), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 4 Satz 1 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 5 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „von der Ministerpräsidentin oder vom Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „vom Innenministerium“ ersetzt.
3. In § 8 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“

durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.

4. In § 13 Abs. 2 Satz 2 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 41

Landesverordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn der Fachrichtung Allgemeine Dienste – Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt⁴¹⁾

Die Landesverordnung über die Laufbahn, Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn der Fachrichtung Allgemeine Dienste – Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt – vom 16. Juli 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 531) ist wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 5 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „von der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „vom Innenministerium“ ersetzt.
3. In § 8 Abs. 1 Satz 1 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.
4. In § 10 Abs. 3 Satz 3 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.
5. In § 17 Abs. 2 Satz 2 ist die Bezeichnung „die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten“ durch die Bezeichnung „das Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 42

Landesaufnahmegesetz⁴²⁾

Das Landesaufnahmegesetz vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 5), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 9 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 6 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
3. In § 6 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 43

Gesetz zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes⁴³⁾

Das Gesetz zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 4 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 44

Gesetz über die Bestimmung der Staatsangehörigkeitsbehörden⁴⁴⁾

Das Gesetz über die Bestimmung der Staatsangehörigkeitsbehörden vom 24. Dezember 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 182), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 8 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 4 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 45

Ausländer- und Aufnahmeverordnung⁴⁵⁾

Die Ausländer- und Aufnahmeverordnung vom 19. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 101), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. April 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 128), ist wie folgt geändert:

1. In § 1 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministeriums“ ersetzt.
2. § 10 ist wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
 - b) In § 10 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
3. § 11 ist wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 ist wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 Nr. 5 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministeriums“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministeriums“ ersetzt.

ration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

- b) In Absatz 3 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
4. In § 12 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
5. In § 15 Abs. 4 Satz 3 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
6. § 16 ist wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 Satz 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 46

Erstattungsverordnung⁴⁶⁾

Die Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 11 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 4 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 47

Staatsangehörigkeitszuständigkeitsverordnung⁴⁷⁾

Die Staatsangehörigkeitszuständigkeitsverordnung vom 15. Dezember 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 515), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 12 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Innenministerium“ ersetzt.

Artikel 48

Verwaltungskostengesetz des Landes Schleswig-Holstein⁴⁸⁾

Das Verwaltungskostengesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 17. Januar 1974 (GVOBl. Schl.-H. S. 37), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 19. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 89), ist wie folgt geändert:

In § 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 8 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Abschnitt IV

Geschäftsbereich des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Artikel 49

Zuständigkeitsverordnung Atomgesetz⁴⁹⁾

Die Zuständigkeitsverordnung Atomgesetz vom 5. Januar 1978 (GVOBl. Schl.-H. S. 16), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 14 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 1 und 2 sowie § 2 Abs. 1 ist jeweils die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 50

Zuständigkeitsverordnung Röntgenverordnung⁵⁰⁾

Die Zuständigkeitsverordnung Röntgenverordnung vom 15. Dezember 1987 (GVOBl. Schl.-H. S. 356), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. Oktober 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 224), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 15 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In der Anlage ist unter den Gliederungsnummern 1, 2 und 3 jeweils die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 51

Strahlenschutzvorsorgegesetz-Zuständigkeitsverordnung⁵¹⁾

Die Strahlenschutzvorsorgegesetz-Zuständigkeitsverordnung vom 15. Januar 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 50), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 16 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die

Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

2. In §§ 2 und 3 ist jeweils die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.
3. In § 2 sind die Worte „und dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ gestrichen und das Wort „deren“ durch das Wort „dessen“ ersetzt.

Artikel 52

Verordnung zur Bestimmung einer Sammelstelle für radioaktive Abfälle⁵²⁾

Die Verordnung zur Bestimmung einer Sammelstelle für radioaktive Abfälle vom 20. Juli 1964 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 131), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 17 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 53

Ausführungsverordnung Strahlenschutzverordnung⁵³⁾

Die Ausführungsverordnung Strahlenschutzverordnung vom 27. April 1977 (GVOBl. Schl.-H. S. 96), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Oktober 2006 (GVOBl. Schl.-H. S. 224), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 18 Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1, 7, 8, 9 und 13 ist jeweils die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.
2. In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 54

Landesverordnung über die zuständige Behörde nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme⁵⁴⁾

Die Landesverordnung über die zuständige Behörde nach der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme vom 20. März

1984 (GVOBl. Schl.-H. S. 72), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487, ber. 2006 S. 241), ist wie folgt geändert:

In § 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 55

Bergrechts-Zuständigkeitsverordnung⁵⁵⁾

Die Bergrechts-Zuständigkeitsverordnung vom 4. Dezember 1989 (GVOBl. Schl.-H. S. 170), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. August 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 395), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487, ber. 2006 S. 241), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 56

Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde sowie zur Übertragung von Ermächtigungen nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung⁵⁶⁾

Die Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörde sowie zur Übertragung von Ermächtigungen nach der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung vom 3. Dezember 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 301), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487, ber. 2006 S. 241), ist wie folgt geändert:

In § 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 57

Gesetz über den Aufbau der Bergbehörden⁵⁷⁾

Das Gesetz über den Aufbau der Bergbehörden vom 30. September 1942 in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 182), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487, ber. 2006 S. 241), ist wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 ist jeweils die Bezeichnung „Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.
2. In § 1 Abs. 2 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Ener-

giewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Artikel 58

Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Bundesberggesetz⁵⁸⁾

Die Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Bundesberggesetz vom 18. Juni 1981 (GVOBl. Schl.-H. S. 128), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Verordnung vom 12. Oktober 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 487, ber. 2006 S. 241), ist wie folgt geändert:

In §§ 1 und 3 ist jeweils die Bezeichnung „Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ ersetzt.

Abschnitt V

Geschäftsbereich des Finanzministeriums

Artikel 59

Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein⁵⁹⁾

Das Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein vom 26. Januar 2012 (GVOBl. Schl.-H. S. 153) ist wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 2 ist wie folgt gefasst:

„(2) Das Nähere über die Anrechnung von Sachbezügen regelt die fachlich zuständige oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium, oder, sofern der Geschäftsbereich mehrerer oberster Landesbehörden betroffen ist, das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium durch Verwaltungsvorschriften.“

2. § 23 Abs. 3 ist wie folgt geändert:

a) In Satz 1 sind vor dem Wort „Finanzministerium“ die Worte „Innenministerium im Einvernehmen mit dem“ eingefügt.

b) Satz 2 ist wie folgt gefasst:

„Für die in § 1 Abs. 1 Nr. 2 und 3 genannten Dienstherren gelten die für die Beamtinnen und Beamten des Landes festgelegten Zusätze entsprechend, soweit nicht das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und der fachlich zuständigen obersten Aufsichtsbehörde Ausnahmen zulässt.“

Abschnitt VI

Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Artikel 60

Gesetz über das Jugendaufbauwerk⁶⁰⁾

Das Gesetz über das Jugendaufbauwerk vom 13. Dezember 1949 (GVOBl. Schl.-H. 1950 S. 11)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Dezember 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 182), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 60 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. § 2 ist wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

b) In Absatz 2 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

2. In § 5 ist die Bezeichnung „Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

3. § 6 ist wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 ist die Bezeichnung „Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

b) In Absatz 3 ist die Bezeichnung „Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

4. In § 8 ist die Bezeichnung „Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

Artikel 61

Geräte- und Produktsicherheits- Zuständigkeitsverordnung⁶¹⁾

Die Geräte- und Produktsicherheits-Zuständigkeitsverordnung vom 12. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 621), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 51 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

Abschnitt VII

Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

Artikel 62

Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung⁶²⁾

Das Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung vom 11. Dezember 1998 (GVOBl. Schl.-H. S. 370), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 134), Zuständigkeiten

und Ressortbezeichnungen zuletzt ersetzt durch Artikel 50 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. S. 575), ist wie folgt geändert:

In § 4 Abs. 1 ist die Bezeichnung „Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung“ ersetzt.

Artikel 63

Kindertagesstättengesetz⁶³⁾

Das Kindertagesstättengesetz vom 12. Dezember 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 651), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Januar 2013 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 16), ist wie folgt geändert:

In § 32 ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung“ ersetzt.

Artikel 64

Gleichstellungsgesetz⁶⁴⁾

Das Gleichstellungsgesetz vom 13. Dezember 1994 (GVOBl. Schl.-H. S. 562), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 26. März 2009 (GVOBl. Schl.-H. S. 93), Zuständigkeiten und Ressortbezeichnungen ersetzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 8. September 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 575), ist wie folgt geändert:

1. In § 18 Abs. 5 ist die Bezeichnung „Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung“ ersetzt.
2. In § 21 Abs. 2 und § 22 Abs. 2 ist jeweils die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ durch die Bezeichnung „Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung“ ersetzt.

Abschnitt VIII

Schlussbestimmungen

Artikel 65

Bezeichnung des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa

Soweit vorstehend keine abweichenden Regelungen aufgeführt sind, ist die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration“ in allen Gesetzen und Verordnungen, in denen sie aufgeführt ist, durch die Bezeichnung „Ministerium für Justiz, Kultur und Europa“ in ihrer grammatikalisch richtigen Form ersetzt.

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 4. April 2013

Andreas Breitner
Innenminister

Artikel 66

Bezeichnung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft

Soweit vorstehend keine abweichenden Regelungen aufgeführt sind, ist die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Kultur“ in allen Gesetzen und Verordnungen, in denen sie aufgeführt ist, durch die Bezeichnung „Ministerium für Bildung und Wissenschaft“ in ihrer grammatikalisch richtigen Form ersetzt.

Artikel 67

Bezeichnung des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Soweit vorstehend keine abweichenden Regelungen aufgeführt sind, ist die Bezeichnung „Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ in allen Gesetzen und Verordnungen, in denen sie aufgeführt ist, durch die Bezeichnung „Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume“ in ihrer grammatikalisch richtigen Form ersetzt.

Artikel 68

Bezeichnung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Soweit vorstehend keine abweichenden Regelungen aufgeführt sind, ist die Bezeichnung „Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr“ in allen Gesetzen und Verordnungen, in denen sie aufgeführt ist, durch die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie“ in ihrer grammatikalisch richtigen Form ersetzt.

Artikel 69

Bezeichnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

Soweit vorstehend keine abweichenden Regelungen aufgeführt sind, ist die Bezeichnung „Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit“ in allen Gesetzen und Verordnungen, in denen sie aufgeführt ist, durch die Bezeichnung „Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung“ in ihrer grammatikalisch richtigen Form ersetzt.

Artikel 70

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

- 1) Ändert Ges. i.d.F.d.B. vom 10. Februar 1996, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 230-1
- 2) Ändert Ges. i.d.F.d.B. vom 23. Januar 1992, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 301-5
- 3) Ändert Ges. vom 20. Februar 2004, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 301-11
- 4) Ändert LVO vom 19. März 2004, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 301-11-2
- 5) Ändert Ges. i.d.F. vom 12. Januar 2012, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1
- 6) Ändert LVO vom 25. September 2000, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-32
- 7) Ändert LVO vom 11. Juli 2001, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-33
- 8) Ändert LVO vom 3. Januar 2002, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-34
- 9) Ändert LVO vom 9. Juli 2003, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-35
- 10) Ändert LVO vom 22. Juni 1976, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-10
- 11) Ändert LVO vom 28. Februar 1977, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-13
- 12) Ändert LVO vom 23. Juni 1977, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-14
- 13) Ändert LVO vom 22. Juli 1977, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-15
- 14) Ändert LVO vom 26. Juli 1977, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-16
- 15) Ändert LVO vom 3. Oktober 1977, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-17
- 16) Ändert LVO vom 9. Februar 1979, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-19
- 17) Ändert LVO vom 8. Oktober 1968, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-2
- 18) Ändert LVO vom 16. August 1979, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-20
- 19) Ändert LVO vom 24. Februar 1988, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-23
- 20) Ändert LVO vom 23. August 1973, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-5
- 21) Ändert LVO vom 9. Mai 1975, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-7
- 22) Ändert LVO vom 28. November 1975, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-8
- 23) Ändert LVO vom 9. März 1976, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-9
- 24) Ändert LVO vom 28. Oktober 1977, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-18
- 25) Ändert LVO vom 5. Juni 1987, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-21
- 26) Ändert LVO vom 8. April 1992, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-1-25
- 27) Ändert Ges. vom 30. Mai 1995, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-7
- 28) Ändert LVO vom 28. Juli 1959, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 224-2-1
- 29) Ändert Ges. vom 24. April 1992, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-4
- 30) Ändert Ges. vom 11. August 1992, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-5
- 31) Ändert Ges. vom 31. März 1976, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 224-3
- 32) Ändert LVO vom 26. August 1999, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-5-124
- 33) Ändert Ges. 26. März 2009, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-16
- 34) Ändert LVO vom 19. Mai 2009, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-16-1
- 35) Ändert LVO i.d.F.d.B. vom 7. Januar 2002, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-5-14
- 36) Ändert LVO vom 29. März 2012, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-16-12
- 37) Ändert LVO vom 9. Dezember 2008, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-5-153
- 38) Ändert Ges. vom 26. Juni 1980, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 800-3
- 39) Ändert Ges. i.d.F.d.B. vom 27. Januar 2009, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-3
- 40) Ändert LVO vom 4. August 2009, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-5-160
- 41) Ändert LVO vom 16. Juli 2010, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2030-16-5
- 42) Ändert Ges. vom 23. November 1999, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 240-5
- 43) Ändert Ges. vom 11. Oktober 1993, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 26-3
- 44) Ändert Ges. vom 24. Dezember 1960, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 102-1
- 45) Ändert LVO vom 19. Januar 2000, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-303
- 46) Ändert LVO vom 5. Dezember 1996, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 26-3-2
- 47) Ändert LVO vom 15. Dezember 1999, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-300
- 48) Ändert Ges. vom 17. Januar 1974, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2013-2
- 49) Ändert LVO vom 5. Januar 1978, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-67
- 50) Ändert LVO vom 15. Dezember 1987, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-172
- 51) Ändert LVO vom 15. Januar 1990, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-194
- 52) Ändert LVO vom 20. Juli 1964, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 751-2-1
- 53) Ändert LVO vom 27. April 1977, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 751-0-2
- 54) Ändert LVO vom 20. März 1984, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-124
- 55) Ändert LVO vom 4. Dezember 1989, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-192
- 56) Ändert LVO vom 3. Dezember 2002, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-331
- 57) Ändert Ges. vom 30. September 1942, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 750-8
- 58) Ändert LVO vom 18. Juni 1981, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 750-1-1
- 59) Ändert Ges. vom 26. Januar 2012, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2032-19
- 60) Ändert Ges. vom 13. Dezember 1949, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2162-1
- 61) Ändert LVO vom 12. Dezember 2007, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 200-0-370
- 62) Ändert Ges. vom 11. Dezember 1998, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 311-1
- 63) Ändert Ges. vom 12. Dezember 1991, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 850-1
- 64) Ändert Ges. vom 13. Dezember 1994, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 2033-1

Landesverordnung zur Änderung der Futtermittelsachkunde-Verordnung*)

Vom 6. April 2013

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. B 7825-1-8

Aufgrund des § 5 Satz 1 der Futtermittelkontrollverordnung (FuttMKontrV) vom 28. März 2003 (BGBl. I S. 464), geändert durch Artikel 2 § 3 Abs. 25 des Gesetzes vom 1. September 2005 (BGBl. I S. 2618), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Die Futtermittelsachkunde-Verordnung (FuttMSachkVO) vom 30. August 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 352) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Worte „des Futtermittelgesetzes“ werden durch die Worte „der futtermittelrechtlichen Vorschriften des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches“ ersetzt.
- b) Nach den Worten „zuständigen Behörde“ wird die Klammer „(Behörde)“ eingefügt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Gliederung“ durch das Wort „Inhalt“ ersetzt.
- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Lehrgang dauert einschließlich der Prüfung mindestens sechs Monate.“
 - bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Im Rahmen des Lehrgangs soll zusätzlich zur Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten auf den in § 3 Abs. 2 FuttMKontrV genannten Gebieten in die Tätigkeiten und Themen eingeführt werden, die in § 1 FuttMKontrV sowie in Artikel 10 Abs. 2 und Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Prüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. EU Nr. L 165 S. 1; 2004 Nr. L 191 S. 1; 2007 Nr. L 204 S. 29), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 563/2012 der Kommission vom 27. Juni 2012 (ABl. EU Nr. L 168 S. 24), genannt sind.“

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „unter Zuhilfenahme der Anlagen 1 und 2“ gestrichen.

bb) Satz 2 wird gestrichen.

d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Vor den Worten „theoretischen Lehrgangabschnitte“ wird das Wort „tätigkeitsbezogenen“ eingefügt.

bb) Folgender Satz wird angefügt: „Der tätigkeitsbezogene theoretische Unterricht soll insgesamt 300 Unterrichtsstunden umfassen.“

e) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Folgender Satz 1 wird eingefügt: „Die praktische Unterweisung soll mindestens 14 Wochen dauern.“

bb) In dem neuen Satz 2 werden die Worte „Die praktischen Lehrgangsinhalte sind“ durch die Worte „Sie ist“ ersetzt.

cc) Der neue Satz 3 wird wie folgt gefasst:
„Weitere Stellen können insbesondere sein:

1. Eine Untersuchungsstelle für amtliche Futtermittelproben,
2. eine Veterinär- oder eine Lebensmittelüberwachungsbehörde,
3. das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume oder eine untere Abfallbehörde,
4. die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein oder
5. Einrichtungen und Unternehmen der Wirtschaft zur Vermittlung der erforderlichen technischen Kenntnisse.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 4
Durchführung der Prüfung“

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach dem Wort „schriftlichen“ das Wort „Aufsichtsarbeiten“ eingefügt.

bb) Folgender Satz 2 wird eingefügt:

*) Ändert Ges vom 27. April 2012, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 865-1

„Die Aufsichtsarbeiten können auch lehrgangsbegleitend angefertigt werden.“

- c) Absatz 2 wird gestrichen.
- d) Absatz 3 wird Absatz 2 und wie folgt geändert:
Nach den Worten „Teilnehmer von“ werden die Worte „einer Aufsichtsarbeit oder“ eingefügt.
- e) Absatz 4 wird Absatz 3 und wie folgt geändert:
aa) In Satz 1 werden nach den Worten „Die Behörde bildet“ die Worte „zur Abnahme der Prüfung“ eingefügt.
bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Die Berufung erfolgt für einen Prüfungsdurchgang oder für eine Dauer bis zu fünf Jahren.“
- f) Absatz 5 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:
„(4) In die Prüfungskommission sind zu berufen:
1. Zwei Personen mit der Befähigung für die Laufbahn der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Agrar- und umweltbezogene Dienste, die den Zugang für das zweite Einstiegsamt eröffnet,
2. eine Amtstierärztin oder ein Amtstierarzt,
3. eine Person mit der Befähigung zum Richteramt und
4. eine Person, die zur Ausübung der Tätigkeit als Futtermittelkontrolleurin oder Futtermittelkontrolleur befähigt ist.
Vorsitzendes Mitglied kann nur eine Person nach Satz 1 Nr. 1 sein.“
- g) Absatz 6 wird Absatz 5.
4. § 5 wird wie folgt geändert:
Den Worten „sehr gut (1)“ werden folgende Worte vorangestellt:
„(1) Die Prüfungsleistungen sind mit einer der folgenden Noten und einer zugehörigen Punktzahl zu bewerten:“
5. § 6 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Es sind drei Aufsichtsarbeiten anzufertigen. Gegenstand der Aufsichtsarbeiten sind die wesentlichen Inhalte des tätigkeitsbezogenen theoretischen Unterrichts. Die Behörde stellt die Aufgaben und legt den Zeitpunkt der Aufsichtsarbeiten, die Aufgaben und die zulässigen Hilfsmittel fest und stellt die Aufsicht sicher. Sie teilt den Prüflingen

Nummern zu, mit denen die Aufsichtsarbeiten anstelle des Namens zu kennzeichnen sind.“

- b) Folgender Absatz 2 wird eingefügt:
„(2) Die Bearbeitungszeit beträgt je Aufsichtsarbeit drei Stunden.“
- c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.
6. § 8 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Der mündliche Prüfungsteil soll je Prüfling eine Stunde dauern. Er besteht aus einem Vortrag mit einem anschließenden kurzen Vertiefungsgespräch von insgesamt 15 Minuten und einem Prüfungsgespräch von etwa 45 Minuten. Gegenstand des Vortrages, des Vertiefungsgesprächs und des Prüfungsgesprächs sind Inhalte des tätigkeitsbezogenen theoretischen Unterrichts. Das vorsitzende Mitglied der Prüfungskommission legt den zeitlichen und inhaltlichen Ablauf fest.“
- b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
„(4) Die Prüfungskommission bewertet den Vortrag mit dem Vertiefungsgespräch und das Prüfungsgespräch insgesamt.“
- c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:
„(5) Über den wesentlichen Inhalt der mündlichen Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfenden zu unterzeichnen ist.“
7. § 9 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 1 wird die Angabe „20 Prozent“ durch die Angabe „25 %“ ersetzt.
b) In Nummer 2 wird das Wort „Prozent“ durch die Angabe „%“ ersetzt.
c) In Nummer 3 werden die Worte „Vortrages mit dem Vertiefungsgespräch mit 10 Prozent und“ ersetzt durch die Worte „mündlichen Prüfungsteils mit 35 %“.
d) Nummer 4 wird gestrichen.
8. § 10 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
aa) Die Worte „im Lehrgangsabschnitt 1“ werden gestrichen.
bb) Nach den Worten „beträgt,“ wird das Wort „und“ angefügt.
b) Nummer 2 wird gestrichen.
c) Nummer 3 wird Nummer 2.
9. § 13 wird wie folgt gefasst:

„§ 13
Übergangsvorschrift

Die vor dem 1. September 2012 vorgenommenen Berufungen der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Prüfungskommission gelten bis zum Ablauf der Berufung nach § 4 weiter.“

Die vorstehende Verordnung wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Kiel, 6. April 2013

Torsten Albig
Ministerpräsident

10. Die Anlagen 1 und 2 werden gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Dr. Robert Habeck
Minister
für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume

**Verkündungen
im Nachrichtenblatt des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft
des Landes Schleswig-Holstein**

Nach § 143 Schulgesetz vom 24. Januar 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 39, ber. S. 276), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Februar 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 108), wird auf folgende im Nachrichtenblatt des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein (NBl. MBW Schl.-H.) verkündeten Landesverordnungen hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im NBl. MBW Schl.-H. Nr.	S.	Tag des In-Kraft-Tretens
Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten in Schulen Vom 28. Februar 2013 Ändert LVO vom 12. November 2008, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9-183	3/2013	59	1. August 2013
Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über Ferientermine an den öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein in den Schuljahren 2010/11 bis 2016/17 Vom 28. Februar 2013 Ändert LVO vom 9. Dezember 2008, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9-185	3/2013	59	1. August 2013
Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über Regionalschulen Vom 28. Februar 2013 Ändert LVO vom 25. Juni 2007, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9-158	3/2013	60	31. Juli 2013
Landesverordnung zur Änderung der Landesverordnung über die schulärztlichen Aufgaben Vom 28. Februar 2013 Ändert LVO vom 16. Juli 2008, GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9-181	3/2013	60	1. August 2013

Landesverordnung zur Änderung der
Landesverordnung über sonderpädagogische
Förderung

Vom 28. Februar 2013

3/2013

60

31. Juli 2013

Ändert LVO vom 20. Juli 2007,
GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9-169

Landesverordnung zur Änderung der
Landesverordnung über die Wahl des
Landesschulbeirats

Vom 28. Februar 2013

3/2013

61

1. August 2013

Ändert LVO vom 26. Juni 2009,
GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9-188

Landesverordnung zur Änderung der
Landesverordnung über die Erteilung von
Zeugnissen, Noten und anderen ergänzenden
Angaben in Zeugnissen

Vom 28. Februar 2013

3/2013

61

31. Juli 2013

Ändert LVO vom 29. April 2008,
GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 223-9-178

Mitteilung der Schriftleitung

Für das Einbinden des Gesetz- und Verordnungsblattes Jahrgang 2012 können Einbanddecken zum Preis von 22,00 Euro zuzüglich Versandkosten bei der Firma Schmidt & Klaunig bezogen werden. Die Anschrift und Telefon- bzw. Fax-Nummer entnehmen Sie bitte dem Impressum. Das Jahresinhaltsverzeichnis 2012 liegt der Ausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes Nummer 2/2013 vom 31. Januar 2013 bei.

